



Presseinformation - 469/06/2023

20.06.2023
Seite 1 von 3

Rund sieben Millionen Euro für bessere, modernisierte ländliche Wege in Nordrhein-Westfalen

Landespresse- und Informationsamt
40213 Düsseldorf
presse@stk.nrw.de

Telefon 0211 837-1134

Bürgertelefon 0211 837-1001
nrwdirekt@nrw.de
www.land.nrw

Das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz teilt mit:

Moderne, ländliche Wege sind elementar, um den ländlichen Raum zu erschließen und zu entwickeln. Denn sie binden Gemeinden, Dörfer, Weiler und Einzelgehöfte an das Verkehrsnetz an, erschließen land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen und sind auch für die Nutzung in der Freizeit eine Bereicherung.

Um dieses wichtige Wegenetz zu erhalten und zu modernisieren, hat das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen jetzt 29 Förderanträge von Kommunen über eine Summe von insgesamt rund sieben Millionen Euro für die Modernisierung von Wirtschaftswegen im ländlichen Raum genehmigt.

Ministerin Silke Gorißen: „Gut ausgebaute Wirtschaftswegen sind wichtiger Bestandteil der ländlichen Infrastruktur. Die Landwirtschaft benötigt die Wege für ihre moderne Landtechnik, die Menschen nutzen sie für Freizeit und Erholung und für tägliche Wegstrecken. Es freut mich sehr, dass wir die Kommunen hierbei unterstützen können.“

Zum Förderstichtag am 28. April 2023 wurden insgesamt 66 Förderanträge bei den Bezirksregierungen eingereicht, die einem landesweiten Ranking anhand festgelegter Auswahlkriterien unterzogen wurden. 29 Anträge haben den Kriterien standgehalten und können mit Fördermitteln berücksichtigt werden. Diese europäischen Fördermittel werden über den deutschen GAP-Strategieplan (GAP= Gemeinsame Agrarpolitik) zur Verfügung gestellt.

Die Fördermittel verteilen sich wie folgt:

- Regierungsbezirk Münster: Sechs Anträge und 2,3 Millionen Euro
- Regierungsbezirk Arnsberg: 15 Anträge und 2,6 Millionen Euro
- Regierungsbezirk Düsseldorf: Ein Antrag und 0,42 Millionen Euro
- Regierungsbezirk Köln: Ein Antrag und 0,35 Millionen Euro
- Regierungsbezirk Detmold: Sechs Anträge und 1,1 Millionen Euro

Rund 39 Kilometer Wirtschaftswege sollen mit den Fördermitteln modernisiert werden. Sie spielen in den jeweiligen Wegenetzen eine wichtige Rolle in der Daseinsvorsorge. Mit der Förderung wird die Umsetzung ländlicher Wegenetzkonzepte, die von den Kommunen erarbeitet wurden, unterstützt und ein Beitrag zur ländlichen Entwicklung geleistet. Eine funktionsfähige ländliche Wegeinfrastruktur bildet die Basis für attraktive und zukunftsfähige ländliche Räume.

Bereits im April des Jahres waren elf Millionen Euro bewilligt worden zur Förderung von 34 Projekten zur Modernisierung und Verbesserung des Wegenetzes im ländlichen Raum.

Hintergrund GAP-Strategieplan:

Die Europäische Kommission hatte im November 2022 den deutschen GAP-Strategieplan genehmigt. Dieser bildet die Grundlage für die Umsetzung der EU-Förderung im Bereich der GAP ab 2023 in Deutschland. Mehr als die Hälfte der EU-Mittel werden nach dem deutschen GAP-Strategieplan für Umwelt- und Klimaziele eingesetzt. Damit leistet er im Zusammenhang mit dem „Green Deal“ der EU wichtige Beiträge zur EU-Biodiversitätsstrategie und zur Farm-to-Fork-Strategie.

Der GAP-Strategieplan für Deutschland umfasst in der Periode 2023 bis 2027 EU-Fördermittel im Umfang von rund 30 Milliarden Euro. Davon macht die erste Säule mit der Einkommensgrundstützung, den Direktzahlungen und den Sektorprogrammen den Großteil mit rund 22 Milliarden Euro aus. Diese werden weitestgehend bundeseinheitlich unter der Federführung des Bundes umgesetzt. Knapp acht Milliarden Euro EU-Mittel entfallen auf die zweite Säule, die von den Bundesländern umgesetzt wird. Nordrhein- Westfalen erhält davon rund 674 Millionen Euro.

Der „ländliche Wegebau“ ist eine von acht Maßnahmen, die in Nordrhein-Westfalen über den GAP-Strategieplan umgesetzt werden können. Diese Förderung hat eine nachhaltige Verbesserung zentraler ländlicher Infrastruktur zum Ziel. Kommunen sollen im ländlichen Raum bei der Umsetzung ihres Wegenetzkonzepts unterstützt werden.

Bei Bürgeranfragen wenden Sie sich bitte an: Telefon 0211 3843-0.

Bei journalistischen Nachfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle des Ministeriums für Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Telefon 0211 3843- 1022.

Dieser Presstext ist auch verfügbar unter www.land.nrw

[Datenschutzhinweis betr. Soziale Medien](#)